

„Dies ist nicht in der Kürze zu bearbeiten“

Im Bauausschuss wird es voraussichtlich grünes Licht fürs Neubaugebiet Am Wienebütteler Weg geben

VON ANTE SCHÄFER

Lüneburg. Der Bauausschuss der Stadt Lüneburg tagt am Montag, 30. November, zum letzten Mal in diesem Jahr. Von der Politik abegesenet werden soll dort der Bebauungsplan Am Wienebütteler Weg. Gibt der Ausschuss mehrheitlich grünes Licht, ist das richtungsweisend für den Rat, der letztmalig am 17. Dezember tagt. Die Zeichen dafür stehen nicht schlecht. SPD, CDU und AfD signalisieren bereits, dass sie dafür stimmen werden. Die Grünen sowie Vertreter der Bürgerinitiative Grüngürtel West kritisieren hingegen, dass der Bebauungsplan durchgepötscht werden soll.

Allein 271 Seiten Bedenken und Abwägungen

Drei Jahre ist es her, dass der Verwaltungsausschuss beschlossen hatte, den Bebauungsplan aufzustellen. Dem Aufstellungsbeschluss wurde ein Beteiligungsverfahren der Bürger mit mehreren Veranstaltungen vorgeschaltet. Es gab eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden, die Pla-



Bis zu 370 Wohneinheiten sollen in dem geplanten Neubaugebiet Am Wienebütteler Weg entstehen.

Foto: A/be

nungen wurden überarbeitet und noch einmal ausgelegt. Es gab 15 Stellungnahmen und Anregungen sowie Bedenken von Behörden sowie 60 von Bürgern.

In den Anlagen zum Bauausschuss machen diese und die Abwägungen der Verwaltung dazu allein die 271 Seiten aus. Dazu kommen noch Klima- und Bodengutachten, die verkehrstechnische Untersuchung, die Begründung zum Umweltbericht und vieles mehr. Hunderte von Seiten.

Das Ganze habe die Verwaltung erst Ende vergangener Woche den Fraktionen zukommen lassen, sagt Ulrich Blanck (Grü-

ne). „Es ist unangemessen, dies in der Kürze der Zeit zu bearbeiten. Schließlich geht es um Anregungen der Bürger, mit denen man sich ernsthaft auseinandersetzen muss, das kann man nicht einfach formal behandeln.“ Da werde etwas zum Abnicken vorgelegt. Sein Fraktionskollege Wolf von Nordheim fordert, dass der Ausschuss aufgrund der Materialmenge entweder nicht zu diesem Tagesordnungspunkt beschließt oder der Ausschuss nicht tagt.

Kritik kam bei der Info-Versammlung Anfang Oktober von Bürgern erneut an dem geplanten Neubaugebiet unter anderem deshalb auf, weil es sich im

Grüngürtel West befindet, der laut Ratsbeschluss von 2014 unter Landschaftsschutz gestellt werden sollte, und das Projekt erheblich Verkehr mit sich bringe und Bestrebungen zum Klimaschutz konterkarriere. Wolfgang Kreider von der BI Grüngürtel West sagt: „Die Abwägungunterlagen für den Bauausschuss zum geplanten Baugebiet betragen 623 PDF-Seiten. Sie kamen rund eine Woche vor der Sitzung des Bauausschusses. Diese Menge an Material ist in diesem Zeitraum nicht seriös zu bewältigen.“

Bei erster Durchsicht sei ihm aber aufgefallen: „Die Stellungnahmen der Nachbargemeinden Vögelzen, Bardowick, Ochtmis-

sen und Reppenstedt weisen alle auf die befürchteten Verkehrsprobleme und die fehlende Infrastruktur hin, sie fordern ein gemeinsames Verkehrskonzept. Der Abwägungsvorschlag dazu lautet: Die Forderungen zu einem gemeinsamen Verkehrsgutachten liegen nicht in der Hand der Bauleitplanung. Hier sind verkehrsplanerische Zuständigkeiten betroffen. Das unterstreicht unsere Forderung nach einem baugebietsübergreifenden Entwicklungskonzept, das die Aspekte der Verkehrswege, des Klimaschutzes, des Flächenverbrauchs und des (umstrittenen) Wohnbedarfs miteinbezieht.“

Klaus-Dieter Salewski (SPD) erklärt für seine Fraktion, dass man im Bauausschuss dem B-Plan zustimmen werde. Hauptgrund sei der „hohe Bedarf an Wohnraum in unserer Stadt, besonders im bezahlbaren Segment“. Viele Anregungen und Überlegungen seien in die zur Abstimmung stehende Vorlage eingeflossen. Grünes Licht wird es im Ausschuss auch von der CDU geben, sagt Rainer Mencke. „Wir denken, das Konzept ist schlüssig und der Bedarf ist da.“

Angesichts der vielen Vorlagen zum Ausschuss und der anstehenden Ratssitzung am heutigen Tag könne sie noch nichts Endgültiges sagen, gibt sich Birte Schellmann (FDP) verhalten. Heiko Meyer (parteilos, ist nur beratendes Mitglied im Ausschuss) sieht sich hin- und hergerissen. Einerseits brauche Lüneburg dringend Wohnraum, andererseits werde durch das Neubaugebiet ein Verkehrschaos im Westen produziert.

Lüneburg platzt aus allen Nähten

Für den Bebauungsplan und das Neubaugebiet stimmt die AfD. Robin Gaberle: „Lüneburg platzt aus allen Nähten. Die hohen und weiter steigenden Mieten sowie die wachsenden Wartelisten für Mietobjekte oder freie Baugrundstücke zeigen, dass wir keinen Platz haben.“ Blockadehaltungen seien unverantwortlich. Von der Linken gab es keine Stellungnahme.